

## **Antrag**

**der Abgeordneten Michael Neumann, Britta Ernst, Dr. Martin Schäfer,  
Gesine Dräger, Dr. Mathias Petersen (SPD) und Fraktion**

### **Betr.: Das Volk hat entschieden: Kein Mehrheitsverkauf des LBK**

Das Volk hat entschieden: 600 000 Hamburgerinnen und Hamburger haben dem Volksentscheid „Gesundheit ist keine Ware“ ihre Stimme gegeben und sich damit gegen einen Mehrheitsverkauf des LBK ausgesprochen. Dies ist ein überwältigendes Votum für den Erhalt des LBK unter öffentlichem Einfluss.

Die Menschen dieser Stadt haben dem Senat den Auftrag gegeben, die Mehrheit am LBK zu behalten. Der Senat hat nun die Aufgabe zu prüfen, wie der Wille des Volkes umgesetzt werden kann. Es liegt an ihm, ein Konzept zu erarbeiten, das den LBK mit Hilfe eines Minderheiten-Investors zukunftsfähig macht.

Der Senat muss den politischen Auftrag des Volksentscheids respektieren. Hamburg hat sich für die Möglichkeit der direkten Demokratie durch Volksentscheide entschieden. Das Ergebnis dieser Abstimmung muss bindend sein für den neuen Senat.

Den Äußerungen des Bürgermeisters ist jedoch zu entnehmen, dass er sich keineswegs an den Volksentscheid gebunden fühlt und weiterhin die Zerschlagung des LBK plant. Dies wäre eine Bankrotterklärung für die Demokratie.

Der Senat hat den Verkauf immer mit der Unwirtschaftlichkeit des Unternehmens begründet. In den Medien wurde jedoch über ein Gutachten des Wirtschaftsprüfungunternehmens KPMG berichtet, das beim LBK durchaus Potenzial für Gewinne bei Herausnahme der Altlasten feststellt. Trifft dieses zu, entbehrt die Argumentation des Senats jeglicher Grundlage. Der LBK ist dann auch für einen Minderheiteninvestor wirtschaftlich interessant.

Es müssen endlich die wahren Wirtschaftszahlen des LBK auf den Tisch. Sowohl die Hamburger Bevölkerung als auch mögliche Investoren, die nur 49,9 Prozent des Unternehmens übernehmen wollen, haben ein Recht auf eine ehrliche Darstellung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des LBK.

### **Die Bürgerschaft möge beschließen:**

#### **Der Senat wird aufgefordert,**

1. dem Willen des Volksentscheids „Gesundheit ist keine Ware“ zu entsprechen und auf einen Mehrheitsverkauf des LBK zu verzichten;
2. der Bürgerschaft bis zum 15.06.2004 ein Konzept vorzulegen, wie der LBK ohne einen Verkauf der Mehrheitsanteile und ohne einen Verkauf einzelner Krankenhäuser saniert werden kann;
3. der Bürgerschaft unverzüglich das Gutachten des Wirtschaftsprüfungunternehmens KPMG über die Wirtschaftlichkeit des LBK vorzulegen.